

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Vertreter der lokalen Presse, sehr geehrte Anwesende,

mit der heutigen Sitzung lege ich Ihnen den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2021 vor und muss Ihnen schon mit meinem ersten Satz signalisieren: Die Eckwerte des Haushalts geben wenig Anlass zur Zufriedenheit. Das liegt daran, dass wir die Negativentwicklung unseres Haushalts weiterhin nicht stoppen können. Ganz im Gegenteil, sie erfährt durch die Corona-Pandemie eine neue Dynamik!

Für 2021 hatten wir in der Mittelfristigen Finanzplanung im Haushaltsplan 2020 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von rund 2,2 Mio. Euro gerechnet. Leider kann ich Ihnen heute keine bessere Zahl vermelden. Vielmehr weist unser Ergebnishaushalt für das Haushaltsjahr 2021 mit sage und schreibe rund 14,3 Mio. Euro ein nochmals deutlich schlechteres Ergebnis aus.

Gehe ich nach den Diskussionsbeiträgen in der Gemeinderatsitzung, in der wir unser Corona-Sparpaket beschlossen hatten, dürfte dies niemanden hier im Saal überraschen. Schon damals – im Sommer dieses Jahres – hatten nicht wenige von Ihnen auf ein finanziell noch schwierigeres Haushaltsjahr 2021 hingewiesen. Zudem hatten wir Ihnen bei der Klausurtagung im Oktober auf Basis einer ersten groben Hochrechnung bereits eine ähnliche Zahl avisiert.

Und wenn ich Ihnen sage, dass dies neben den Einkommensteueranteilen vor allem an den Gewerbesteuererträgen liegt, weiß hier im Raum jeder, was die Stunde geschlagen hat. Jahrelang wurde landauf landab gepredigt, dass wir unsere Leistungen - sollten die Steuereinnahmen einmal wegbrechen, bei weitem nicht so schnell reduzieren können.

Hatten wir zuletzt keine Kreditaufnahmen mehr eingeplant und durch die Tilgungsleistungen unsere Verschuldung merklich reduzieren können, müssen wir im nächsten Jahr auch an dieser Stelle die Fahrtrichtung ändern. Unsere nach wie vor noch sehr hohe Liquidität reicht in den nächsten zwei Jahren zur Finanzierung unseres Ergebnishaushalts und unserer investiven Maßnahmen nicht mehr aus, so dass wir gezwungen sind, in 2021 Kreditaufnahmen von 2 Mio. Euro und in 2022 von 6 Mio. Euro einzuplanen. Ohne die einmaligen hohen Veräußerungserlöse im Baugebiet Allmendäcker, die uns eine Liquiditätsspritze geben, würde es sogar noch schlechter aussehen.

Das Ende der Zinsbindung dreier hoch verzinslicher Darlehen gestattet es uns, zusätzlich zu den ordentlichen Tilgungen von knapp 1,6 Mio. Euro noch außerordentliche Tilgungen in Höhe von knapp 1,2 Mio. Euro einzuplanen. Da dies wirtschaftlich geboten ist und wir dadurch in 2021 noch einmal unsere Schulden leicht reduzieren können, sollten wir diese Chance in jedem Fall in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren,
gerne hätte ich positivere Nachrichten im Gepäck.

Die Ursachen sind vielfältig und - wenn überhaupt - nicht von heute auf morgen zu beheben.

Diejenigen, die schon länger am Ratstisch sitzen, wissen nur zu genau, wie verlockend es ist, Leistungen für unsere Einwohner zu beschließen, die dann aber auch monetär beglichen werden müssen. Und Vieles davon wird schnell als selbstverständlich empfunden.

Hierzu zählen zweifelsohne gute Betreuungsangebote für Kinder.

Der ständig weiter gehende Ausbau der Kinderbetreuung bestätigt uns in unserem Kurs, eine familienfreundliche und lebenswerte Stadt sein zu wollen. Auch unsere Firmen haben daran ein großes Interesse, benötigen nicht zuletzt sie Fachkräfte, die auf eine ihren Bedürfnissen angepasste, zuverlässige und pädagogisch hochwertige Förderung ihrer Kinder bauen können.

Dies gibt es jedoch nicht zum Nulltarif. Neben den betragsmäßig stattlichen Investitionsausgaben müssen wir inzwischen jährlich 13 Mio. Euro für Betriebskostenzuschüsse an die freien und privat-gewerblichen Träger aufwenden. Hinzu kommen Aufwendungen in Höhe von 4 Mio. Euro für die selbst betriebenen, städtischen Kindergärten.

Unsere Entscheidung, das Areal der Johann-Sebastian-Bach-Schule als zunächst temporäre Einrichtung umzubauen, ist ein weiterer Schritt, den Platzbedarf auszugleichen. Wir nehmen hierfür 815.000 Euro „in die Hand“ und verzichten gleichzeitig auf bislang eingeplante Grundstücksveräußerungserlöse von 1,9 Mio. Euro, die wir an sich dringend benötigen. „Unter Strich“ verringert sich dadurch unsere Liquidität um 2,7 Mio. Euro. In der Folge steigen die Betriebsaufwendungen und wegen der kurzen Nutzungszeit entstehen zudem hohe Abschreibungen. In Summe führt diese eine – wohlgemerkt sozialpolitisch richtige Entscheidung – zu einer zusätzlichen Belastung und damit Verschlechterung des Ergebnishaushalts von rund 1,0 Mio. Euro – und das jedes Jahr.

Erst vor wenigen Wochen haben wir in diesem Haus die Ausgleichssätze für die OEG der Jahre 2021 und 2022 beschlossen. Wir sprechen dabei von 2,2 Mio. Euro im nächsten Jahr und von 2,1 Mio. Euro in 2022. Und wir können uns aufgrund der wegbrechenden Einnahmen noch nicht einmal sicher sein, dass es dabei bleibt. Keine Frage, wir benötigen dieses Angebot. Es ist alternativlos. Nehme ich noch den Busverkehr dazu, bewegen wir uns bei rund 3,6 Mio. Euro jährlich. Angesichts unserer Haushaltslage müssten wir bei den negativen Deckungsbeiträgen im ÖPNV eigentlich Zurückhaltung üben. Auch wenn wir das zu Recht nicht wollen, muss jeder wissen, dass das seinen Preis hat.

Wieder einmal!

Einen Blick in die Übersicht über die Transferaufwendungen auf den Seiten 500 bis 507 offerieren uns darüber hinaus viele weitere Felder, in denen wir stattliche Beträge auszahlen.

Der Zuschussbedarf dieser zahlreichen, uns allen lieb gewordenen Leistungen der Stadt beläuft sich auf mehrere Millionen Euro. Gerade diese Angebote sorgen aber auch für die notwendige Lebensqualität einer Region, einer Stadt, unserer Stadt.

So sind uns die Musik- und Volkshochschule 674.000 Euro pro Jahr wert. Auch hier habe ich manchmal den Eindruck, dass die enormen finanziellen Anstrengungen, die für den gelungenen Umbau der ehemaligen Karrillonschule aufgewendet werden mussten, längst vergessen sind. Die damit einhergehenden jährlichen Abschreibungen belasten zusätzlich den Ergebnishaushalt und müssen neben den Zuschüssen ebenfalls ausgeglichen werden.

Für das Waldschwimmbad steigt der jährliche Zuschuss auf 450.000 Euro. Die Sanierung des Waldschwimmbads erforderte vor einigen Jahren 4,3 Mio. Euro, die mit Darlehen finanziert werden mussten. Zusammen mit dem Schuldendienst zahlen wir für einen fünf-monatigen Betrieb dieses Schwimmbads Jahr für Jahr rund 700.000 Euro. Wenn Sie das auf 15 Jahre hochrechnen – so lange ist das neue Bad inzwischen in Betrieb – summiert sich das allein schon auf 10,5 Mio. Euro.

Daneben haben wir ein Hallenbad, das die Stadtwerke für uns ganz hervorragend betreibt – das will ich an dieser Stelle betonen. Auch wenn der Betrieb nicht direkt in unseren Büchern auftaucht, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns das zuletzt eine um 668.000 Euro verminderte Gewinnabführung der Stadtwerke beschert hat. Über die Gewinnverwendung hatten wir in der Septembersitzung des Gemeinderats beschlossen.

Da wir unser Strandbad am Waidsee selbst betreiben, zahlen wir hier keinen Zuschuss, dennoch fallen hohe Kosten an. Der nicht durch Erträge gedeckte Aufwand beläuft sich im Schnitt auf 190.000 Euro im Jahr.

Allein die Bereitstellung und der Betrieb dieser drei Bäder belasten unseren Ergebnishaushalt mit rund 1,5 Mio. Euro pro Jahr. Das sind 22,5 Mio. Euro in 15 Jahren. Und wenn jemand denkt, 15 Jahre sind auch eine lange Zeit, kann ich sagen, gemessen an der Lebenszeit solcher Einrichtungen sind 15 Jahre nicht allzu viel.

Nun komme ich zu dem in diesem Jahr alles beherrschenden Thema: Der Corona-Pandemie.

Wie bereits erwähnt, trägt „Corona“ selbstverständlich einen ganz wesentlichen Teil zum schlechten Ergebnishaushalt 2021 bei. Mir ist jedoch wichtig, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass wir uns auch schon ohne „Corona“ in einer angespannten bis schwierigen Haushaltsslage befanden.

Es hat wohl keiner ernsthaft hier im Haus gedacht, dass die sprudelnden Steuereinnahmen in den letzten Jahren einen nachhaltigen Liquiditätsfluss darstellen. Denn so hart und uncharmant es sich auch anhört: Wirklich nachhaltig sind in den letzten Jahren lediglich die steigenden Ausgaben!

Wollen wir Ausgaben jedoch merklich reduzieren, geht dies letztendlich nur über einen spürbaren Leistungsverzicht.

Wer von Ihnen bei den zurückliegenden Haushaltskonsolidierungsrunden schon dabei war, weiß nur zu genau, wie schwer es ist, überhaupt Maßnahmen zu finden, die in diesem politischen Gremium mehrheitsfähig sind. Ganz zu schweigen von stattlichen Verbesserungspotentialen.

Und in diesem Kontext mit viel Verwaltungsaufwand immer wieder neue Haushaltskonsolidierungsrunden zu drehen, bedeutet im Alltagsgeschäft nichts anderes als zusätzliche Belastungen für die Verwaltung, die mit dem bestehenden Personal nicht ohne Verzicht auf andere ebenfalls wichtige Arbeiten einhergehen.

In diesem Wissen sollten wir uns – schon aus Effizienzgründen – die Frage stellen, welche Konsolidierungsmaßnahmen einen spürbaren Beitrag leisten und welche darüber hinaus bestenfalls auch noch mehrheitsfähig erscheinen.

Doch zurück zur Corona-Krise, die uns weiterhin fest im Griff hat. Sie hat nicht nur für menschliches Leid gesorgt, sondern auch für einen wirtschaftlichen Abschwung, in dessen Folge auch die Steuereinnahmen eingebrochen sind. Damit ist die Finanzierungsgrundlage der öffentlichen Hand und damit die Finanzierungsgrundlage der Stadt Weinheim schwer getroffen.

Auch wenn unsere Haushaltsprobleme schon vor Corona vorhanden waren, meine Damen und Herren, jetzt haben sie sich drastisch verschärft. Und dabei dürfen wir noch dankbar sein, dass uns Bund und Land in diesem Jahr zur Seite gestanden haben wie lange nicht.

Wir alle erinnern uns, wie die Bundesregierung in einer beispiellosen Aktion riesige Hilfs- und Schutzpakete geschnürt hat und einen beispielhaften Rettungsschirm auf den Weg gebracht hat. Nicht zu vergessen, sind an dieser Stelle auch die zusätzlichen Hilfsprogramme unserer aktuellen Landesregierung, die für mich „unterm Strich“ übrigens einen „guten Job macht“... Dass dabei nicht alles perfekt war und immer wieder Nachbesserungsbedarf besteht, liegt in der Natur der Sache. Denn für diese Pandemie gab und gibt es keine Blaupause!

Als Soforthilfe zur Sicherung der Liquidität der Kommunen erhielten wir vom Land in mehreren Tranchen knapp 900.000 Euro. Diese Zahlungen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Gebührenauffälle in den Monaten April bis Juni vollständig aufzufangen. Allein für die Kindergärten müssen wir mit 130.000 Euro nachlegen, die wir 2021 im Rahmen der Betriebskostenabrechnung final ausgleichen werden. Unseren Verzicht auf die Gebühren für die Außenbestuhlung, auf die Mieten für die gewerbliche Nutzung von städtischen Immobilien sowie die Reduzierung der Mietpreise städtischer Räume tragen wir ebenso komplett selbst, wie die vermehrten Aufwendungen für Schutzeinrichtungen und Schutzausstattungen.

Die mit Abstand größte Entlastung bringen die Kompensationsmittel von Bund und Land für die coronabedingten Gewerbesteuerausfälle in diesem Jahr. Wir profitieren diesbezüglich mit rund 10 Mio. Euro – wahrlich ein „warmer Geldregen“ zur rechten Zeit. Insofern verwundert es sicherlich nicht, dass Ihnen Herr Soballa gleich von einem deutlich besseren Haushaltsverlauf 2020 berichten wird als er noch im Frühjahr und Sommer zu befürchten war. Über diese grundlegende Tendenz hatten wir Sie – sprich die Gemeinderäte – übrigens schon bei unserer Klausurtagung im Oktober ins Bild gesetzt.

Zusätzlich haben wir selbstverständlich keine Kraftanstrengung unterlassen, um den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise gegenzusteuern.

In der Sitzung des Gemeinderats am 1. Juli haben wir ein umfangreiches Maßnahmenprogramm beschlossen, das sich in meinen Augen sehen lassen kann. Mit einer sehr differenzierten Mittelsperre haben wir im Ergebnishaushalt Verbesserungen von immerhin fast 1,8 Mio. Euro umgesetzt. Dies im Übrigen zusätzlich zum Globalen Minderaufwand von 1,3 Mio. Euro, den wir uns bereits mit dem Haushaltsbeschluss im Februar selbst auferlegt hatten. Durch Verschiebung einzelner ausgewählter Investitionsmaßnahmen konnten wir die Liquidität der Stadt um ca. 4,1 Mio. Euro verbessern. Zusammen mit den Sperren im Ergebnishaushalt haben wir damit den Mittelabfluss um 5,9 Mio. Euro reduziert.

Ich komme zurück zum Entwurf des Haushaltsplans 2021.

Das mit der Einführung der kommunalen Doppik verfolgte Ziel, unseren jährlichen Ressourcenverbrauch zu erwirtschaften, werden wir mit einem Fehlbetrag von fast 14,3 Mio. Euro deutlich verfehlen.

Selbst in den zurückliegenden Jahren stark sprudelnder Steuereinnahmen konnten die steigenden Erträge nicht mit den überproportional steigenden Aufwendungen Schritt halten. Brechen wie jetzt die Steuereinnahmen weg, schlägt sich das merklich im Ergebnis nieder.

Hatten wir in der Finanzplanung 2020 noch mit 38 Mio. Euro Gewerbesteuerereinnahmen in 2021 gerechnet, planen wir jetzt mit 30,0 Mio. Euro. Und selbst das ist gegenwärtig keineswegs konservativ, sondern eher optimistisch. Auch die Einnahmen aus dem Finanzausgleich nehmen ab. Nach dem Haushaltserlass 2021 erreichen uns 4,8 Mio. Euro weniger, als noch in der Finanzplanung 2020 für 2021 vorgesehen. Da gleichzeitig auch die Umlagen sinken, reduziert sich die Nettobelastung und beläuft sich planmäßig immerhin noch auf fast 2 Mio. Euro.

Stichwort Personalaufwendungen: Auch für das nächste Jahr müssen wir eine Steigerung beim Personaletat einkalkulieren. Die aktuelle Personalkostenhochrechnung des Jahres 2021 liegt bei rund 39,1 Mio. Euro. Das ist eine Steigerung zu 2020 von rund 1,1 Mio. Euro bzw. drei Prozent. Blicken wir in die Finanzplanung im Haushaltsplan 2020, hatten wir für 2021 mit Personalaufwendungen von 38,4 Mio. Euro gerechnet. Die Steigerung beträgt demnach 700.000 Euro bzw. zwei Prozent. Die Ergebnisse der Tarifrunde 2020 und neue Stellenanforderungen verschiedener Fachämter sind hierfür ausschlaggebend. Mit Blick auf die Stellenmehrungen schlagen wir Ihnen nur das vor, was unseres Erachtens zwingend notwendig ist. Von zwar sinnvollen, jedoch nicht zwingend erforderlichen Stellenschaffungen nehmen wir – speziell vor dem Hintergrund der aktuellen Ausgangslage – Abstand.

Weitere Informationen zu den einzelnen Zahlen des Ergebnishaushalts 2021 erhalten Sie im Anschluss von Herrn Soballa.

Meine Damen und Herren, unser erfreulicher Schuldenabbau von 770.000 Euro darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt weiterhin als angespannt bezeichnet werden muss. Das Grundprinzip einer nachhaltigen Finanzwirtschaft basiert auf dem Ausgleich von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen. Dieses Ziel werden wir 2021 – wie bereits erwähnt – deutlich verfehlen!

Bleibt dies ein einmaliger Vorgang, so ist dies keineswegs dramatisch. Verfestigen sich jedoch solche Ergebnisse, ist ein Kurswechsel unumgänglich!

Das führt uns zwangsläufig zu der Frage, wie es weitergehen soll?

Nach der Vorlage des Herbstgutachtens des Sachverständigenrats stand in der WN am 12. November 2020:

„Angesichts der anhaltenden kritischen Corona-Lage haben die Wirtschaftsweisen vor Rückschlägen für die Konjunktur in Deutschland gewarnt. Zwar hob der Sachverständigenrat seine Prognose für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr an. Durch die stark steigenden Infektionszahlen bleibe die wirtschaftliche Lage aber fragil, sagte der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, am Mittwoch zur Vorlage des Jahrgutachtens. Für die weitere Entwicklung sei entscheidend, wie die Pandemie eingedämmt werden könne und wie sich die Wirtschaft im Ausland entwickle.“

Die Konjunkturerwartungen deutscher Finanzexperten klingen da schon etwas pessimistischer. *„Wie das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung mitteilte, - so zu lesen in der WN am 11. November 2020 - fiel der von ihm erhobene Indikator um 17,1 auf 39,0 Zähler. Der Indikator liegt damit zwar weiter im positiven Bereich, jedoch ist nach dem zweiten Rückgang in Folge die Euphorie aus dem Sommer dahin.“* Nach Einschätzung von Achim Wambach, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, deuten die Daten *„auf eine deutliche Verlangsamung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses in Deutschland hin.“*

Meine Damen und Herren, ich weiß, Prognosen, so sorgfältig sie auch erstellt werden, sind von jeher mit Fehlern behaftet. Dennoch sind sie wichtig, ja notwendig. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass keiner vorhersagen kann, wie lange die Corona-Pandemie anhalten wird. Insofern ist der Optimismus, den die Prognosen der Institute wie auch der Bundesregierung, dass die deutsche Wirtschaft schon im nächsten Jahr zwischen 4 und 5 Prozent wachsen wird, mit Vorsicht zu genießen. Hinzu kommt, dass verschärfte Exportkontrollregeln die Wachstumschancen der globalen Arbeitsteilung auszubremsen drohen. Und noch eins: Die Exporte in das Vereinigte Königreich waren im September im Vorjahresvergleich um fast 20 Prozent eingebrochen. Auch der Brexit wirft seine Schatten voraus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist das Prinzip Hoffnung, das uns „dieser Tage“ überall begegnet. So hoffen viele von uns auf den schnellen Einsatz eines Impfstoffs und noch mehr auf eine wirtschaftliche Erholung. Und auch die Steuerschätzer bedienen sich dieses Prinzips.

Es wird davon ausgegangen, dass die aktuell gültigen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus nicht deutlich ausgeweitet werden müssen oder über den Dezember hinaus andauern. Insbesondere flächendeckende Schul- und Kita-Schließungen werden für die Zukunft weiterhin nicht unterstellt, was für das Arbeitskräfteangebot von elementarer Bedeutung ist.

Allen gemeinsam ist die Hoffnung, die Pandemie alsbald zu beherrschen. Doch bis dahin haben wir alle auf unserem Globus noch einen steinigen Weg vor uns. Denn um die deutsche Wirtschaft wieder richtig in Fahrt zu bringen, muss es auch im Rest der Welt wieder einigermaßen zur Normalität gekommen sein.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: *„Auch wenn sich die Wirtschaft weiter erholt, müssen die Städte und Gemeinden auch 2021 und 2022 mit deutlich weniger Steuereinnahmen rechnen, als vor der Corona-Krise prognostiziert. Das bestätigt die aktuelle Steuerschätzung. Gleichzeitig drohen die wichtigen Zuweisungen der Länder an ihre Kommunen zu sinken. Denn diese Zuweisungen hängen vielerorts von der Entwicklung der Ländersteuereinnahmen in diesem Jahr ab.“*

Mit Blick in die Vergangenheit können wir uns leider nicht darauf verlassen, dass Bund und Land die Kommunen weiter wie in diesem Jahr unterstützen. Genau das ist aber notwendig! Dazu passt es, dass es bislang leider keine nennenswerten positiven Signale an die Kommunen gibt, was weitergehende Finanzhilfen für das Jahr 2021 anbelangt.

An dieser Stelle darf ich im Namen der meisten Kommunen sprechen, wenn ich sage: Angesichts nicht ausgeglichener Haushalte und zunehmend leerer Kassen steht nichts Geringeres als die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel. Die Hälfte aller öffentlichen Sachinvestitionen sind Aufträge der Städte und Gemeinden. Erfahren diese keine Stärkung der Haushalte, müssten auch unsere geplanten Investitionen weiter eingeschränkt werden.

Das wäre nicht nur schlecht für die Menschen in den Städten, sondern auch für Handwerk und Wirtschaft. Und wie das mit dem ständigen Ruf nach kräftigen Investitionen in Schulen, Kitas oder Verkehr in Einklang zu bringen ist, ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel. An unsere vielen freiwilligen Leistungen will ich erst gar nicht denken.

Einen inhaltlich fragwürdigen Punkt stellt daher für mich innerhalb der Prognose der Bundesregierung die Schätzung der öffentlichen Investitionen dar. Diese scheinen allein dann erreichbar, wenn für das Jahr 2021 und 2022 die Hauptträger der öffentlichen Investitionen, die Kommunen, weitere Unterstützungen erhalten. So kommt die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetags zum Ergebnis, dass die Projektion mit Blick auf die öffentlichen Investitionen als derzeit nicht vollumfänglich nachvollziehbar gewertet wird.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich einmal mehr froh bin, unsere kommunalen Spitzenverbände an unserer Seite zu wissen und uns auf sie verlassen zu können.

Auch wenn die Argumente auf unserer Seite liegen, werden wir leider nur allzu selten erhört. Dabei haben die Länder eigentlich bereits verfassungsrechtlich für eine auskömmliche Finanzausstattung in den Kommunen Sorge zu tragen.

Zwar ist es gängige Praxis, dass Bund und Länder die Kommunen bei ihren Aufgaben in der Tat oftmals unterstützen. Jedoch haben die Förderprogramme meist nur eine befristete Laufzeit.

Aktuell können wir das beim Thema Digitalisierung in Schulen verfolgen.

Mit einer einmaligen Förderung wird zwar ein kurzfristiger Impuls gesetzt, jedoch die langfristige Aufgabenerledigung unberücksichtigt gelassen. Dabei weiß jeder von zu Hause, dass Technik regelmäßig gewartet werden muss und von Zeit zu Zeit Er-

satzinvestitionen anstehen. Hinzu kommt, dass die wachsende Aufgabe durch die voranschreitende Digitalisierung auch personell bewerkstelligt werden muss. Das bedeutet, dass wir unweigerlich zusätzliches Personal benötigen. D.h. der Anstieg bei den Personalaufwendungen ist bereits heute vorprogrammiert.

Was wir brauchen, ist eine auf Dauer angelegte, verlässliche, kommunalfreundliche Finanzierungspolitik, die die Finanzströme dauerhaft für die Kommunen sichert und anstelle einer Vielzahl von befristeten Einzelprogrammen wirkt.

Ich bin mir sicher: Unsere kommunalen Spitzenverbände werden weiterhin hart für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gegenüber Bund und Land kämpfen müssen.

Ich baue hierbei auch auf unsere Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten. Setzen Sie sich für die Menschen in ihrem Wahlkreis ein.

Was heißt das für uns?

Wir haben letztendlich keine Wahl. Wir müssen einerseits unser Ausgabeverhalten an unsere finanzielle Lage anpassen.

Wünschenswertes - sind es auch noch so hervorragende Ideen und Projekte, über deren Verwirklichung wir uns alle freuen würden - müssen besonders kritisch geprüft werden.

Beinahe 100 Prozent unserer Einrichtungen sind hoch defizitär. Hier gilt es, mit Augenmaß weiter nach neuen Wegen zu suchen, um – wenn auch etwas abgespeckt – deren Bestand zum Wohl unserer Einwohner zu sichern.

Das allein wird schon schwer.

Aber andererseits muss uns allen auch klar sein. Ein wesentlicher Teil der Konsolidierung unseres Haushalts muss zwangsläufig über Wachstum erfolgen. Nur dann sprudeln die Einnahmen wieder. Gelingt uns dies nicht, wären wir sogar gezwungen, selbst bei notwendigen Leistungen der Stadt den Rotstift ansetzen zu müssen.

Blicke ich auf unseren Ergebnishaushalt und die stark schrumpfenden liquiden Mittel, müssten wir die Steuern erhöhen. Gleichzeitig wissen wir um die hohe Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger wie auch um die enormen Herausforderungen, denen sich die Unternehmen stellen müssen – von der Konkurrenzsituation ganz zu schweigen... Ich bin mir mit meinem Kämmerer einig, dass wir das (gerade jetzt) keinem zumuten wollen. Wir haben daher für 2021 keine Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze vorgesehen.

Ein Blick in unsere Mittelfristige Investitionsplanung zeigt, dass wir auch im nächsten Jahr viel – um nicht zu sagen: verdammt viel – vorhaben. In 2021 haben wir Investitionsmaßnahmen von 28,8 Mio. Euro neu eingeplant. Allein für die nächsten zwei Jahre addieren sich die Beträge auf 47,5 Mio. Euro.

Wir haben bewusst keine Vollbremsung hingelegt, auch wenn die Zurückhaltung spürbar ist.

Unsere Großmaßnahmen müssen zu Ende geführt werden – speziell vor dem Hintergrund, dass diese in aller Regel keine Luxusmaßnahmen sind, sondern fast ausnahmslos sogar wirtschaftlich.

Mit 4 Mio. Euro in 2021 hat der Neubau des Schulzentrums Weststadt den größten Anteil. Mit der Inbetriebnahme im September 2021 werden wir in unserer Schullandschaft ein Ausrufezeichen setzen und dann rund 26,4 Mio. Euro investiert haben. Vorausgegangen war ein intensiver Beteiligungsprozess. Und obwohl es sich um eine Pflichtaufgabe der Stadt handelt, musste diese Maßnahme immer wieder in die Warteschleife. Letztendlich war das Projekt nur möglich, weil der Bau eines Kulturzentrums abgetrennt und in die Zukunft geschoben wurde.

War damals die Sanierung des Rolf-Engelbrecht-Hauses noch in weiter Ferne, steht diese nun unmittelbar „vor der Tür“. Wir werden im nächsten Jahr mit der Machbarkeitsstudie starten und haben vorsorglich eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2021 vorgesehen, um danach mit der Planung zügig fortfahren zu können.

Ebenfalls viel Geld verschlingen wird die Sanierung unserer Wohnhäuser in der Mannheimer Straße. Gestartet sind wir mit dem „Hausnummernbereich 14 bis 20“. Allein hierfür haben wir knapp 6,3 Mio. Euro etatisiert. Mit 4,6 Mio. Euro fällt der größte Batzen in den kommenden beiden Jahren an. Nicht dabei sind die Kosten für den Mieterumzug sowie die Mietausfälle. Auch hierbei handelt es sich wieder um Positionen, die unseren Ergebnishaushalt belasten.

Wie wichtig uns die Versorgung von Menschen mit preisgedämpften Wohnungen ist, zeigt sich auch an anderen Stellen im Haushalt.

Hatten wir bislang darüber gesprochen, dass wir für einen prozentualen Anteil an preisgebundenem Sozialwohnungsbau auch finanzielle Abstriche in der Größenordnung von schätzungsweise 3,5 Mio. Euro in Kauf nehmen müssen, kommt es in 2021 nun zum Schwur. Mit 3.347.200 Euro leisten wir angesichts unserer Haushaltslage einen - so meine ich zumindest – beachtlichen Beitrag zum sozialen Frieden in dieser Stadt.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich komme zum Ende.

Der Haushalt ist für jede Verwaltung die Grundlage ihrer Arbeit. Umgesetzt und ausgeführt wird diese Arbeit von den Beschäftigten. Was wir den letzten Jahren unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abverlangt haben, war viel, um nicht zu sagen sehr viel. Und wenn ich die Aufgaben sehe, die vor uns liegen, werden die Anforderungen an dieses Team sicherlich nicht kleiner. Im Klartext bedeutet dies für unsere Mannschaft weiterhin erhebliche Belastungen.

Ich danke daher allen in der Verwaltung und in den städtischen Dienststellen, ich danke dem Personalrat dafür, dass diese gemeinsame Arbeit und damit auch die gemeinsamen Erfolge bisher möglich waren. Auch wenn immer wieder viel eingefordert wird, merke ich keinerlei Reduzierung im Engagement, in der Motivation und der Identifikation mit und für unsere Stadt.

Ich glaube, wir alle, Verwaltungsspitze und Gemeinderat, können stolz auf diese, auf unsere Mannschaft sein!

An den Gemeinderat appelliere ich, die fortwährend geleistete und hervorragende Arbeit im Rathaus auch weiterhin entsprechend zu würdigen. Der Kampf um gutes Personal auf dem Arbeitsmarkt hat längst begonnen. Und es wird sehr wohl registriert, wie man mit seinem Personal umgeht.

Ich danke aber auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, unseren vier Ortsvorsteherinnen und ihren zwei männlichen Kollegen wie allen Ortschaftsräten für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Bei meinem Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Dr. Torsten Fetzner, bedanke ich mich für die vertrauensvolle und stets loyale Zusammenarbeit.

Ein Dank gilt an dieser Stelle auch unserem Kämmerer Jörg Soballa sowie der gesamten Abteilung Finanzen und Haushalt, angeführt von Frau Martens.

Mein besonderer Dank und unsere gemeinsame Anerkennung gelten allen, die den Haushalt mit uns leben und umsetzen: Den vielen ehrenamtlich Tätigen, unseren Kirchen, den Schulen und Vereinen, Institutionen und Organisationen, aber auch den vielen Menschen, die im ganz persönlichen, oft sogar Verborgenen tätig sind. Denn sie alle gewährleisten die soziale Qualität in unserer Stadt.

Weinheimer Bürgersinn und Bürgerengagement machen unsere Kommune aus, das macht diese Stadt zur kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Diese weiter aufzubauen und zu stabilisieren, ist eine Zukunftsaufgabe und ich bin stolz, daran mitwirken zu dürfen.

Lassen Sie alle nicht locker, setzen Sie sich weiterhin so engagiert für Weinheim ein, es wird sich auch künftig lohnen.

Gemeinderat und Verwaltung werden sich auch weiterhin darum bemühen, möglichst gute Rahmenbedingungen für Ihr Engagement zu schaffen.

Ich wünsche uns allen gute Beratungen und gebe das Wort an unseren Kämmerer, Herrn Soballa, der Ihnen nun die Zahlen des Entwurfs näher erläutern wird.

- Es gilt das gesprochene Wort -